

Damals

5. 12. 1952

London in den 1950ern: Der »Todesnebel«, extremer Winter-smog, kostet Tausende das Leben. Die Sonne kämpft vergeblich gegen das Dunkelgrau, der Morgen ist verloren. Die übrige Welt verschwindet von der Bildfläche, nur unwirkliche Andeutungen bleiben. Zwei steinerne Löwen haben die Herrschaft übernommen, sie tragen die Farbe der Stunde, genau wie die Tauben. Und inmitten der Szenerie: Eine Familie lässt sich den Tag nicht verderben.

JUNI



Foto: M. Fresco/Topical Press Agency/Getty Images

VON AUSSEN

Atombombe? Nein danke!

Warum sind Kernwaffen überhaupt erlaubt? Nukleare Abrüstung ist wichtiger denn je

VON OLIVER MEIER, HARALD MÜLLER, GÖTZ NEUNECK

Im nächsten Jahr soll die Weltpolitik revolutioniert werden. Eine Mehrheit von 123 Staaten hat in der Vollversammlung der Vereinten Nationen dafür gestimmt, Verhandlungen über ein Verbot von Atomwaffen aufzunehmen. Bis zum Sommer 2017 soll ein neuer Vertrag ausgehandelt werden, der Atomwaffen ächtet und ihren Besitz und Einsatz verbietet.

Damit wäre noch keine Atomwaffe abgerüstet: Keiner der neun Staaten, die Atomwaffen besitzen, wird dem neuen Vertrag in naher Zukunft beitreten. Die Atomwaffenbesitzer und ihre meisten Verbündeten meinen: Erst soll die Welt friedlicher sein, dann kann auf die stabilisierende Wirkung der atomaren Abschreckung verzichtet werden. Wo bei die Atommächte freilich selbst die Verantwortung für ihre Abrüstungshemmenden Konflikte untereinander tragen.

Ein internationaler Verbotsvertrag kann hilfreich sein, wenn er verdeutlicht, dass Atomwaffen geächtet werden müssen. Wie die verbotenen Bio- und Chemiewaffen töten sie unterschiedslos. Ihre katastrophale Wirkung kann weder räumlich noch zeitlich begrenzt werden. Die Befürworter eines Verbotvertrags hoffen, diese völkerrechtswidrigen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes in wirksamen Druck für Abrüstung umzumünzen – notfalls auch ohne Mitwirken der Atomwaffenstaaten.

Für ihr außergewöhnliches Vorgehen haben diese Staaten gute Gründe: Die Abrüstungsversprechen der Atomwaffenbesitzer sind nicht mehr glaubwürdig. Es gibt heute mehr als 15 000 Kernwaffen. Über 90 Prozent gehören Russland und den USA. Beide modernisieren derzeit ihre Arsenale. In ihrem Windschatten unternehmen China, Frankreich, Großbritannien sowie die unter dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1968 nicht anerkannten Kernwaffenbesitzer Indien, Israel, Nordkorea und Pakistan ähnliche Anstrengungen. US-Präsident Barack Obama hatte 2009 versprochen, dass die USA Bemühungen um eine Welt frei von Atomwaffen anführen würden. Von dieser Hoffnung auf Abrüstung ist wenig übrig geblieben. Stattdessen befinden wir uns in einem mehrseitigen nuklearen Rüstungswettlauf mit wachsenden globalen und regionalen Risiken. Ohne politischen Druck wird sich daran nichts ändern.

Der von der Staatenmehrheit eingeschlagene Weg birgt jedoch Risiken. Bisher bildet der NVV das Fundament internationaler Abrüstungsanstrengungen. Er beruht auf einem Gegengeschäft: Die Kernwaffenbesitzer haben zugesagt (sich aber nicht daran gehalten), die sicherheitspolitische Rolle von Atomwaffen zurückzufahren. Im Gegenzug öffnen alle Nichtkernwaffenstaaten ihre Atomanlagen für Kontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO). Nur so kann verifiziert werden, dass kein Nichtkernwaffenstaat heimlich Atomwaffen entwickelt.

Ein neuer Vertrag über ein Atomwaffenverbot würde die Gefahr erhöhen, dass diese Geschäftsgrundlage der Atomwaffenkontrolle zerbricht. Nichtkernwaffenstaaten könnten

sich aus dem NVV verabschieden, sobald ein Verbotsvertrag existiert. Sie könnten argumentieren, dass der neue Vertrag umfassender und moralisch hochwertiger sei – und sich so nebenbei der lästigen IAEO-Kontrollen entledigen. In einer solchen zweigeteilten Welt gäbe es kaum noch Gemeinsamkeiten im Umgang mit der nuklearen Gefahr.

Deutschland hat in den Vereinten Nationen wie fast alle anderen Nato-Mitglieder zwar gegen Verbotverhandlungen gestimmt – die Regierung bezweifelt den Sinn von Abrüstungsgesprächen ohne Atomwaffenstaaten und sorgt sich um die Auswirkungen auf den NVV. Bislang aber lässt die Bundesregierung offen, ob sie an den Verhandlungen im nächsten Jahr nicht doch teilnimmt. Hinter dieser abwartenden Haltung steht ein Dilemma. Wenn Berlin an den kommenden Verhandlungen teilnimmt, handelt man gegen die »nukleare Bündnissolidarität«. Ein Verbotsvertrag stünde im Widerspruch zu Deutschlands Mitwirken an der nuklearen Teilhabe der Nato. Noch immer sind ungefähr 20 US-Atomwaffen in Deutschland stationiert. Im Kriegsfall sollen deutsche Flugzeuge die Waffen ins Ziel tragen. Manche Allianzmitglieder halten die nukleare Abschreckung und die nukleare Teilhabe aufgrund der aktuellen Politik Moskaus wieder für wichtiger. Auch in Berlin ist man besorgt über nukleare Aufrüstungstendenzen und das »nukleare Säbelrasseln« Russlands im Kontext der Ukraine-Krise.

Verweigert sich Deutschland hingegen den Verhandlungen, beschädigt dies die Glaubwürdigkeit des deutschen Engagements für nukleare Abrüstung. Gerade im Wahljahr 2017 bärge ein Fernbleiben politischen Konfliktstoff. Denn das Ziel einer atomwaffenfreien Welt findet in der Bevölkerung breite politische Zustimmung. Die antinukleare Haltung der Deutschen würde verstärkt, sollte Donald Trump als neuer US-Präsident die Abrüstungspläne zu den Akten legen und Kernwaffen eine größere Rolle einräumen.

Das Dilemma ist nicht auflösbar, solange die Atomwaffenstaaten sich nicht das Fernziel einer nuklearwaffenfreien Welt setzen. Schaden für den NVV kann nur abwenden helfen, wer am Verhandlungstisch sitzt. Zusammen mit gleichgesinnten Nato-Mitgliedern, die keine Kernwaffenbesitzer sind, sollte Berlin an den Verhandlungen teilnehmen, um den neuen Abrüstungsvertrag eng mit dem NVV zu verflechten. Deutschland sollte darauf drängen, dass Mitgliedsstaaten des Verbotvertrags alle NVV-Verpflichtungen zur Verifikation und Exportkontrolle von Nukleartechnologie übernehmen oder zugleich Mitglied im NVV sein müssen. Nur mit dieser Kopplung ergänzt ein Atomwaffenverbot bestehende Kontrollregeln, ohne sie zu schwächen.

Oliver Meier arbeitet für die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Harald Müller war Leiter des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Götz Neuneck ist geschäftsführender Co-Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

DAUSEND

Die Kolumne des Jahres

Es heißt nun Abschied nehmen von der Großen Erbsenmuschel und der Gemeinen Binsenjunger: Wer 2017 das Zeug zum Dunkelbraunen Kugelspinner hat

Der Vogel des Jahres 2016 ist der Stieglitz, das Wildtier des Jahres der Feldhamster, das Insekt des Jahres der Dunkelbraune Kugelspringer, das Weichtier des Jahres die Große Erbsenmuschel, der Baum des Jahres die Winterlinde, der Pilz des Jahres der Lila-stielige Rötleritterling, die Libelle des Jahres die Gemeine Binsenjunger, der Einzeller des Jahres die Trichomonas vaginalis, der Zweizeller des Jahres Björn Höcke und die Magenverkleinerung des Jahres der Eingriff bei Sigmar Gabriel kurz vor Weihnachten. Von ihnen allen heißt es nun Abschied nehmen – auch von der Sommer-Drehwurz, dem Mittleren

Torfmoos und dem Horneburger Pfannkuchen. Die waren auch irgendwas des Jahres und werden nun von ihren Nachfolgern, dem Weißen Waldvöglein, dem Weichen Kammmoos und dem Erbachhofer Mostapfel, abgelöst. Dann macht's mal gut!

Der Ausblick auf 2017 – ein Wahljahr – verheißt nichts Gutes. Wir ahnen zwar nur, dass Sigmar Gabriel das Zeug zur Sommer-Drehwurz des Jahres hat und dass in Frauke Petry auch 2017 keine Gemeine Binsenjunger stecken wird. In einem sind wir aber sicher: Dunkelbrauner Kugelspinner des Jahres wird nur Björn Höcke.

PETER DAUSEND

ANZEIGE

MAKE YOUR NEXT DARING MOVE.
DER NEUE CADILLAC XT5.



DER NEUE CADILLAC XT5 IST KONZIPIERT FÜR ALLE, DIE AMBITIONIERTE ZIELE HABEN. DIESER UNVERWECHSELBARE CROSSOVER VEREINT BEEINDRUCKENDES DESIGN UND UNERREICHTE VIELSEITIGKEIT. ENTDECKEN SIE SEINEN ELEGANTEN, GROSSZÜGIGEN INNENRAUM MIT FLEXIBLER GESTALTUNGSFREIHEIT SOWIE DIE INNOVATIVEN TECHNOLOGIEN FÜR VERNETZTES, SICHERES FAHREN.

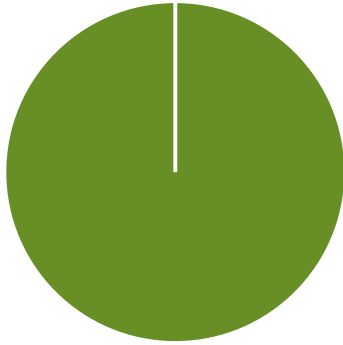
JETZT PROBEFAHRT BUCHEN UND ATTRAKTIVE LEASINGANGEBOTE ENTDECKEN: CADILLACEUROPE.COM/XT5

KRAFTSTOFFVERBRAUCH INNERORTS/AUSSERORTS/KOMBINIERT (L/100 KM): 14,1/7,6/10,0. CO₂-EMISSIONEN KOMBI NIERT: 229 G/KM (GEM. VO(EG) NR. 715/2007). ABB. ZEIGEN SONDERAUSSTATTUNGEN. ©2016 GENERAL MOTORS. ALL RIGHTS RESERVED. CADILLAC®

Torten der Wahrheit

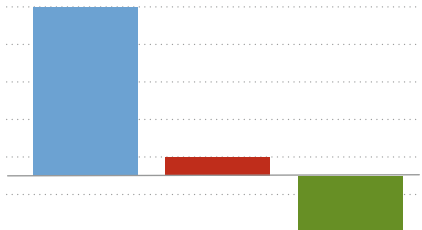
VON KATJA BERLIN

Worauf wir uns 2017 freuen können



Politische Entwicklungen
Gesellschaftliche Entwicklungen
Wegfall der Roaming-Gebühren

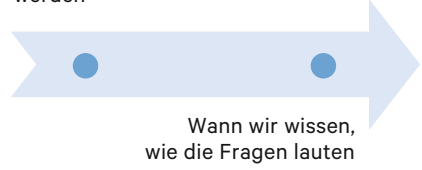
Gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Feiertagen



In Ansprachen
In Supermärkten
Auf Autobahnen

Politische Reaktionen nach Ereignissen

Wann uns erste Antworten gegeben werden



Wann wir wissen, wie die Fragen lauten